



**Beschlüsse der  
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt  
in der SPD Berlin**

Beschlossen auf der  
offenen Landesvorstandssitzung am 2. Oktober 2013

## **Anträge - Inhaltsverzeichnis**

A. Racial Profiling abschaffen .....	3
B. Antidiskriminierungsgesetz schaffen.....	4
C. Sicherheitskonzept für die Flüchtlingsunterkunft .....	5
D. Deutschland muss mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen! .....	6
E. Konkrete Hilfen zur Wohnungssuche bereitstellen! .....	7

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

### 3 **A. Racial Profiling abschaffen**

4 Die SPD-Mitglieder des Berliner Senates und des Abgeordnetenhauses werden aufgefordert, § 21 des  
5 Allgemeinen Gesetzes zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in Berlin (ASOG Bln) so zu  
6 ändern, dass zukünftig Racial Profiling ausdrücklich untersagt ist.

7 Ergänzend dazu werden die Berliner SPD-Mitglieder des Bundestages aufgefordert, sich für  
8 entsprechende Änderungen in § 22 Bundespolizeigesetz (BPolG) einzusetzen.

9

#### 10 **Begründung:**

11 Diskriminierende Praktiken bei der Ausübung des Auswahlermessens im Rahmen  
12 verdachtsunabhängiger Polizeikontrollen, bei denen Menschen vermeintlich nicht-deutschen  
13 Aussehens ohne konkreten Verdacht oder Gefahr allein aufgrund Ihrer Hautfarbe, Sprache,  
14 unterstellten Herkunft oder Religion kontrolliert werden, sind keine Einzelfälle sondern widerfahren  
15 vielen unbescholtenen Betroffenen täglich im Rahmen von polizeilichen Kontrollen zur Prüfung der  
16 Verletzung aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen etwa in Zügen und Bahnhöfen oder zur  
17 allgemeinen Kriminalitätsprävention an sog. „gefährlichen Orten“ oder polizeilichen Kontrollstellen.

18 Dieses Racial Profiling lehnen wir ab. Es macht Menschen im Rahmen anlass- und  
19 verdachtsunabhängiger Personenkontrollen und selektiver Polizeiermittlungen nicht aufgrund ihrer  
20 Handlungen, sondern allein aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres augenscheinlichen Glaubens zu  
21 Verdächtigen und verletzt damit das grundgesetzliche Gleichbehandlungsprinzip wie zuletzt das OVG  
22 Rheinland-Pfalz noch einmal ausdrücklich klargestellt hat. In einem zunehmend multiethnischen  
23 Deutschland und Europa stempelt es damit ganze Bevölkerungsgruppen als Kriminelle, potenzielle  
24 Terroristen oder illegale Einwanderer ab.

25 Racial Profiling legitimiert und bestärkt Rassismus sowie ethnisches Typisieren in der Gesellschaft,  
26 fördert das Misstrauen der Mehrheitsbevölkerung gegenüber Minderheitengemeinschaften und  
27 verstärkt den Ruf nach weiteren einschränkenden Maßnahmen gegen sie. Eine derartige  
28 Stigmatisierung durch selektive Kontrollen und Ermittlungen hat gesamtgesellschaftlich negative  
29 Folgen für das friedliche Zusammenleben, für das Vertrauen in die Polizei und für die Zugehörigkeit  
30 und Teilhabe betroffener Gruppen in Deutschland und muss daher abgeschafft und die dem  
31 zugrundeliegenden Gesetzesvorschriften müssen überprüft und entsprechend geändert werden.

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

### 3 **B. Antidiskriminierungsgesetz schaffen**

4 Die SPD-Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses und des Senats werden aufgefordert, ein  
5 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) zu schaffen, um damit die verbindlichen  
6 Antidiskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union erstmals vollständig umzusetzen und den  
7 bisher auf den Zivilrechtsverkehr und das Arbeitsrecht beschränkten Diskriminierungsschutz des  
8 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) auf den Bereich des staatlichen Handelns auszuweiten.

9

#### 10 **Begründung:**

11 Mit einem Landesantidiskriminierungsgesetz zeigen wir, dass wir uns der vielfältigen Realität der  
12 Diskriminierung in unserem Lande, die sich gleichermaßen im privaten wie im öffentlichen Bereich  
13 nachweisen lässt, bewusst sind und es mit deren Bekämpfung und der Umsetzung der zu diesem  
14 Zweck von Deutschland mitbeschlossenen europäischen Antidiskriminierungsrichtlinien ernst  
15 meinen.

16 Wie das AGG im privat- und arbeitsrechtlichen Bereich, so wird das LADG im öffentlich-rechtlichen  
17 Bereich eine Diskriminierung wegen bestimmter äußerlicher oder zugeschriebener Merkmale  
18 verbieten. Das bedeutet, dass anders als bisher eine Person, die sich z.B. bei dem Besuch einer  
19 Behörde diskriminiert fühlt, ebenso Anspruch auf einen gesetzlichen Antidiskriminierungsschutz hat,  
20 wie diejenige, die etwa von Polizeibeamten diskriminierend benachteiligt wird.

21

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

### 3 **C. Sicherheitskonzept für die Flüchtlingsunterkunft**

4 Wir fordern die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes für Mahrzahn-Hellersdorf des Berliner  
5 Flüchtlingsrates.

6 Das Sicherheitskonzept muss alle Beteiligten einbeziehen (u.a. ExpertInnen im Umgang mit Nazis und  
7 Rassisten) und sollte neben den üblichen polizeilichen Maßnahmen zum Schutz der Unterkunft und  
8 für die Wege zum ÖPNV und zum Einkaufen, zum Arzt, zur Schule etc. auch Folgendes umfassen:

- 9 • Die unmissverständliche öffentliche Ansage einer Null-Toleranz Politik des Bezirks und der  
10 Polizei gegenüber jeglichen flüchtlingsfeindlichen Beleidigungen, Übergriffen etc.
- 11 • Konsequentes Umsetzen der Null-Toleranz-Politik durch Polizei und  
12 Strafverfolgungsbehörden
- 13 • Eine 24h vor Ort zur Verfügung stehende AnsprechpartnerIn, die das Vertrauen der  
14 Flüchtlinge genießt, Beleidigungen, Übergriffe etc. dokumentiert, und die Flüchtlinge  
15 ermutigt und unterstützt, Strafanzeigen zu erstatten (vor dem Verfolgungshintergrund und  
16 den negativen Erfahrungen vieler Flüchtlinge mit staatlichen Organen kann dies keinE  
17 Polizeibeamtin/Polizeibeamter leisten!)
- 18 • Eine AnsprechpartnerIn bei der Polizei für den Heimbetreiber sowie eine direkte  
19 Notrufverbindung aus der Unterkunft zur Polizei
- 20 • Unterbringung von mit den Gegebenheiten in Berlin bereits vertrauten Asylsuchenden, keine  
21 Einweisung traumatisierter oder neu in Berlin ankommender Flüchtlinge
- 22 • Verbot von flüchtlingsfeindlichen Versammlungen, Infoständen etc. im Umfeld des Lagers  
23 analog der Regelung für Gedenkstätten usw., da diese für die Geflüchteten ein reales  
24 Bedrohungsszenario darstellen und mit der Schutzfunktion der Unterkunft für Asylsuchende  
25 unvereinbar sind. Gleichzeitig muss der Zugang zum Lager für (ehrenamtliche)  
26 Unterstützungsangebote und solidarische Initiativen z.B. der ASH gewährleistet sein.
- 27 • Angebot von Selbstverteidigungstrainings für die Flüchtlinge
- 28 • Einbeziehung und Sensibilisierung des auf der U5 und dem SEV eingesetzten BVG-Personals,  
29 des Personals der örtlichen Einkaufszentren etc. in das Sicherheitskonzept.

30 Abgesehen von Sicherheitsbedenken halten wir alle Schulgebäude aufgrund der Baustruktur für  
31 wenig geeignet zur Unterbringung schutzsuchender Flüchtlinge. Daher sind vor dem Bezug solcher  
32 Unterkünfte umfangreiche Baumaßnahmen erforderlich, um menschenwürdiges Wohnen zu  
33 ermöglichen, z.B. durch abgeschlossene Wohneinheiten jeweils mit Küche und Bad.

34 Darüber hinaus sollte die neue Sammelunterkunft jeweils nur als kurzfristige Übergangslösung  
35 genutzt werden und stattdessen die Unterbringung in privaten Mietwohnungen intensiv gefördert  
36 werden. Dazu ist unter anderem eine aktive Unterstützung der BewohnerInnen bei der  
37 Wohnungssuche durch das LAGeSo erforderlich.

38

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

### 3 **D. Deutschland muss mehr syrische Flüchtlinge aufnehmen!**

4 Innenminister Friedrich bleibt weiter dabei, dass 5000 syrische Flüchtlinge auf zu nehmen genug sei  
5 und Deutschland damit schon eines der Länder sei, die am meisten Flüchtlinge aufnahmen. 5.000 ist  
6 die Größenordnung, in der die Menschen derzeit täglich aus Syrien fliehen. Mehr als zwei Millionen  
7 Menschen sind nach UN-Angaben insgesamt geflohen. Die meisten Flüchtlinge (mehr als 97%)  
8 wurden von Nachbarländern aufgenommen, doch diese sind an ihre Aufnahmegrenzen gelangt. Es  
9 kommt zu eskalativen Konflikten um Ressourcen. Kinder, die die Hälfte der Flüchtlinge ausmachen,  
10 drohen neben traumatischen Gewalterfahrungen nun auch noch Opfer von Menschenhandel,  
11 Kinderarbeit und sexueller Ausbeutung zu werden. Und immer mehr Flüchtlinge versuchen auf  
12 gefährlichen Wegen nach Europa zu kommen, stoßen dort aber auf geschlossene Grenzen. Es scheint  
13 als nähme die Europäische Union den Tod von Flüchtlingen billigend in Kauf.

14 Die Europäische Union, Deutschland und Berlin müssen auf verschiedenen Ebenen ihrer  
15 Verantwortung gerecht werden!

16 Wir unterstützen die Forderung des UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. Die EU muss  
17 unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen. Wir fordern eine Initiative für ein großzügiges  
18 Aufnahmeprogramm, das Menschen aktiv aus der Region holt.

19 Deutschland sollte sich Schweden zum Vorbild nehmen und allen syrischen Flüchtlingen einen  
20 dauerhaften Aufenthalt genehmigen.

21 Bis dahin müssen in Deutschland lebenden Angehörige die Möglichkeit haben, ihre Verwandten nach  
22 zu holen. Die Familiennachzugsregeln müssen so ausgestaltet werden, dass sie auch realistisch  
23 erreichbar sind.

24 Auch Berlin muss zusätzlich zum Kontingent die Einreise von Verwandten zu bereits in Deutschland  
25 lebenden Syrerinnen und Syrern ermöglichen. Es müssen Ausnahmeregelungen für Menschen  
26 geschaffen werden, die den Lebensunterhalt ihrer Angehörigen nicht oder nicht vollständig sichern  
27 können.

28 Asylsuchende aus Syrien müssen als Flüchtlinge anerkannt werden und ein sicheres Aufenthaltsrecht  
29 erhalten.

30 Wir fordern einen Abschiebestopp nach Syrien. Rückführungen in ein Land, in dem ein Regime mit  
31 beispielloser Brutalität gegen die Menschen vorgeht, sind nicht zu verantworten.

32

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2

### 3 **E. Konkrete Hilfen zur Wohnungssuche bereitstellen!**

4 In Berlin sollen Flüchtlinge nach Möglichkeit in Wohnungen untergebracht werden, doch immer  
5 mehr werden in Not- und Sammellagern eingewiesen. Einerseits führen die Entwicklungen des  
6 Berliner Wohnungsmarktes und die nach wie vor nur völlig unzureichende sozialhilferechtlicher  
7 Mietobergrenzen dazu, dass die Wohnungssuche für Flüchtlinge immer schwieriger wird,  
8 andererseits verwehrt die Zentrale Leistungsstelle für Asylsuchende (ZLA) Flüchtlingen die nötige  
9 Unterstützung bei der Anmietung privater Mietwohnungen. Die Mietobergrenzen wurde seit 2005  
10 nur marginal angepasst wurden, die Angebotsmieten sind aber um 20 bis 30 % gestiegen sind. Die  
11 Situation wird immer brisanter, immer mehr AsylbewerberInnen werden auf viel zu kleinem Raum in  
12 unzureichend ausgestatteten Sammellagern untergebracht. Zuletzt kam es sogar dazu, dass  
13 Schutzsuchende in die Obdachlosigkeit entlassen wurden. Solche Zustände dürfen wir nicht  
14 akzeptieren. Es braucht konkrete Handlungsstrategien, um Flüchtlingen das Leben in Wohnungen zu  
15 ermöglichen.

16 Wir fordern

- 17 • eine generelle Kautionsübernahme auf Darlehensbasis durch das Sozialamt nicht nur im  
18 Einzelfall. Kautionsfreie Wohnungen sind in Berlin nicht vorhanden und AsylbewerberInnen  
19 können den VermieterInnen auch keine sonstigen materiellen Sicherheiten  
20 (Einkommensnachweise o.ä.) anbieten. Bei Asylsuchenden tritt die aufenthaltsrechtliche  
21 Unsicherheit hinzu.
- 22 • Förderung von Projekten, die die Wohnungssuche und Anmietung von Wohnungen gezielt  
23 unterstützen
- 24 • Bereitstellen und Kostenübernahme von DolmetscherInnen, die bei Gesprächen mit  
25 VermieterInnen oder SachbearbeiterInnen der Wohnungsbaugesellschaften übersetzen